

Prof. Dr. Jörg van Norden  
Universität Bielefeld  
joerg.van.norden@uni-bielefeld.de  
Tel.: (0521)106-3207  
Fax: (0521)106-2966

Prof. 'in Dr. Lale Yildirim  
Universität Osnabrück  
lale.yildirim@uni-osnabrueck.de  
Tel.: (0541) 969 4299

6. Juli 2021

## Reminder Call for Papers:

### – *Hybride* Jahrestagung des KGD-Arbeitskreises ‚Geschichtsdidaktik theoretisch‘

20. bis 21. September 2021, Universität Bielefeld

**Auch wenn die Infektionzahlen und der Impffortschritt uns optimistisch stimmen, dass wir unsere Jahrestagung 2021 an der Universität Bielefeld in Präsenz organisieren können, haben wir uns für eine *hybride* Jahrestagung entschieden. Wir hoffen, dass eine *hybride* Form vielfältige Möglichkeiten der Teilnahme sowie mehr Planungssicherheit für alle Interessierten und die Mitglieder unseres Arbeitskreises ‚Geschichtsdidaktik theoretisch‘ bietet. Aus diesem Grund wird der CfP bis auf den 30. Juli 2021 verlängert!**

## Geschichtsdidaktik: politisch?

Die zentralen Arbeits- und Forschungsfelder Geschichtsdidaktik sind das „Geschichtsbewusstsein in der Gesellschaft“ und die Geschichtskultur. Im Geschichtsunterricht soll historisches Denken gefördert werden, um Partizipation, Emanzipation und auch Widerstand in Gesellschaft zu ermöglichen. Vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Geschichte steht hinter diesem Anspruch auch immer die Maxime „Nie wieder!“, wodurch der politische und demokratische Anspruch des Fachs auf den Punkt gebracht wird. In Zeiten, in denen nicht nur durch die Covid-19-Pandemie unsere Bruchwahrnehmungen durch vielfältige und einschneidend empfundene Veränderungen sich zu potenzieren scheinen, wächst auch der Anspruch an den Geschichtsunterricht und die freiheitlich-rechtliche Grundordnung der Bundesrepublik. Angelehnt an Jan Assmann könnte man\* von einer „heiße[ere]n Gesellschaft“ (Assmann 2013) sprechen oder aber auch mit dem Blick auf die emanzipatorische Geschichtsdidaktik und Annette Kuhn darüber nachdenken, ob in krisenhaft empfundenen Zeiten nicht besonders die „politische Funktion“ historischen Denkens (Kuhn 1977, 13) ins Zentrum rücken.

Unsere Gegenwart ist nicht nur in Deutschland durch Vielfalt und Pluralität geprägt. Diese Diversität führt jedoch auch zu anti-pluralistischen und anti-demokratischen oder rassistischen Entwicklungen. Die Stimmen kommen aus unterschiedlichen Richtungen. Einige machen eine sogenannte Krise an der Tatsache fest, dass weltweit rechte,

autoritäre Bewegungen an Einfluss gewinnen. In der Bundesrepublik ist die divergierende Entwicklung an dem Erstarken rechter und rechtsvölkischer Gruppierungen und einer rechten Partei, die vom Verfassungsschutz beobachtet werden muss, im Bundestag sichtbar. Diese politische Bewegung deutet Vergangenheit zur Verbreitung und Umsetzung anti-demokratischer und rassistischer Ziele um und verbreitet somit Geschichten mit einfachen naturalisierenden Identitäts- und Orientierungsangeboten. Lebensgefährlich wird dieser anti-demokratische Wandel angesichts rassistisch motivierter Morde an als nicht-weiß, nicht-christlich und migrantisch gelesenen Bürger\*innen.

Den Fürsprechern der bundesdeutschen Demokratie stehen diejenigen gegenüber, die zu Recht Rassismus und Chauvinismus in der Gesellschaft kritisieren. Vom Geschichtsunterricht, der Demokratie fördern und verteidigen soll, wird gleichermaßen verlangt, er dürfe nicht politisch sein. Kann jedoch ein Fach, das zurecht die Perspektivität, Kontroversität und Pluralität von Erzählungen fordert und fördert, davon ausgehen, dass historisches Denken und somit historische Lernen unpolitisch sein kann? Narrationen haben immer Identitäts- und Orientierungsangebote, aus denen Handlungsfähigkeit erwachsen soll. Historisches Bewusstsein und Geschichtskultur sind gesellschaftlich bedingt. Sie spiegeln Perspektiven wider, die zwingend gesellschaftlich und immer politisch sind. Können Geschichtsunterricht und historisches Denken unpolitisch sein? Welche Rolle spielt die Transparenz und die Verhandlung der Narrationen in einem freiheitlich-rechtlichen Rahmen? Ist die Einschränkung dessen was man sagen darf, gefährlich oder ist sie notwendig, wenn es um menschenverachtende Ideologien geht?

In Zusammenhang mit der Frage nach dem politischen Charakter des Geschichtsunterrichts wird zum Teil, ob gerechtfertigt oder nicht, mit dem Überwältigungsverbot des Beutelsbacher Konsenses argumentiert. Diese Spannung zeigt sich nicht zuletzt in den Rahmenrichtlinien Nordrhein-Westfalens, die als höchstes Lernziel die „Selbstverwirklichung in sozialer Verantwortung“ proklamieren. Die Formulierung stammt aus den erbitterten Auseinandersetzungen um das Fach Geschichte in den 1970er Jahren. NRW profitierte oder litt, je nachdem wie man es sehen mag, von dem medienwirksamen Streit um die Hessischen Rahmenrichtlinien, der den damaligen Landtagswahlkampf in Hessen und den Historikertag in Mannheim 1976 prägte. Die Forderung der emanzipatorischen Didaktik um Annette Kuhn, Klaus Bergmann und Hans-Jürgen Pandel nach einer historisch-politische Bildung und zum Teil auch nach einem neuen Fach, der Gesellschaftslehre, als Synthese aus Geschichte, Politik und Erdkunde scheiterte am massiven Widerstand der Historiker\*innen in Schule und Universität. Als Konsequenz blieb in den Gymnasien und Realschulen Geschichte als Fach erhalten, in den in SPD-regierten Bundesländern wurde dagegen mit der Gesamtschule das Fach Gesellschaftslehre eingeführt. Die Geschichtsdidaktik legte in den 1970er Jahren die historisch-politische Bildung beiseite und konzentrierte sich auf „Geschichtsbewusstsein in der Gesellschaft“, einen Containerbegriff, hinter den sich in Mannheim jene große Mehrheit geschart hatte, um die emanzipatorische Didaktik abzuwehren. Aktuell wird die Ausrichtung auf „Geschichtsbewusstsein in der Gesellschaft“ in Frage gestellt, weil sie möglicherweise einer Entpolitisierung Vorschub leistet. Wie politisch ist/kann/soll oder muss die Didaktik der Geschichte sein? Trägt sie mit dem, was sie tut, Verantwortung gegenüber der Gesellschaft?

Denkbar sind Beiträge, die

1. sich in einem historischen Zugriff mit Geschichtsdidaktiker\*innen der emanzipatorischen Didaktik beschäftigt und ihre aktuelle Relevanz erörtern,

2. den Begriff der historisch-politischen Bildung beziehungsweise verwandte Begriff wie Emanzipation, Werteerziehung, etc. geschichtsdidaktisch klären,
3. untersuchen, ob die aktuelle Geschichtsdidaktik tatsächlich unpolitisch agiert, und welche neuen Zielsetzungen gegebenenfalls sinnvoll sind,
4. diskutieren, ob Geschichtsdidaktik gesellschaftliche Verantwortung trägt, wie diese Verantwortung aussehen könnte und in welcher Form sie wahrgenommen werden kann:
  - 4.1. Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für Auswahlentscheidungen im Geschichtsunterricht?
  - 4.2. Soll Geschichtsdidaktiker\*innen vor diesem Hintergrund politisch Stellung nehmen, ähnlich wie das der Deutsche Historiker\*innenverband und der Verband der Geschichtslehrer\*innen Deutschlands kürzlich getan haben.
  - 4.3. Ist Geschichtsdidaktik in Bezug auf die Intersektionalität von race, class und gender besonders gefragt? Welche Antworten sind von ihr zu erwarten, wo liegen ihre Grenzen?
5. das Prinzip der Wertneutralität erörtern:
  - 5.1. Ob und in welcher Form ist der Beutelsbacher Konsens heute noch zielführend für den Geschichtsunterricht?
  - 5.2. Welche Rolle ist im akademischen Bereich der Freiheit der Wissenschaft einzuräumen?
  - 5.3 Was bedeutet das Fördern von „Geschichtsbewusstsein in der Gesellschaft“ heute?
  - 5.4. Was bedeutet das Geschichtsbewusstsein in der pluralen Gesellschaft?

Wir laden auch herzlich Nachwuchswissenschaftler\*innen (Doktorand\*innen) ein, sich zu bewerben.

Die Tagung findet auf der Basis von *pre-circulated papers* statt. In solchen Debattenbeiträgen wünschen wir uns kritische Stellungnahmen zu Aspekten der oben aufgeworfenen Fragen. Thematische Vorschläge für solche Paper richten Sie bitte bis zum 30.07.2021 per E-Mail an Jörg van Norden und Lale Yildirim. Sie erfahren bis zum 15.08.2021, ob Ihr Themenvorschlag auf dem Workshop berücksichtigt werden kann. Die Paper (bei denen es sich **nicht um ausformulierte Manuskripte**, sondern um **pointierte Debattenbeiträge** handeln soll, **max. 5000 Zeichen**), würden wir dann bis zum 30.08.2020 erbitten und an die Teilnehmenden verschicken. Auf der Tagung selbst sollen nicht die Paper selbst vorgestellt werden. Vielmehr erfolgen gebündelte Kommentare zu jedem Beitrag, die in die anschließende Diskussion einleiten.

**Wir bitten um Einreichungen (Thema, Abstract von einer Seite) bis zum 30.07.2021. bei:**

[lale.yildirim@uni-osnabrueck.de](mailto:lale.yildirim@uni-osnabrueck.de)  
[joerg.van.norden@uni-bielefeld.de](mailto:joerg.van.norden@uni-bielefeld.de)

**Unsere Rückmeldung erfolgt bis zum 15. August 2021.**

Wir freuen uns auf Ihre Beiträge!

Jörg van Norden und Lale Yildirim